

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 32 (1991)  
**Heft:** 22

**Artikel:** Reformbedürftiges Regierungssystem  
**Autor:** Sager, Peter  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093358>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Reformbedürftiges Regierungssystem

**Das Ergebnis der Nationalratswahlen stärkt die Flügel links und rechts, ohne dass dadurch das neue Parlament zu irgendwelchen Höhenflügen befähigt würde. Im Gegenteil: Die staatserhaltende Mitte wurde geschwächt; die Konsensfindung, auf der das schweizerische System aufbaut, wird erschwert.**

Von Belang ist die weitere Abnahme der Stimmbeteiligung, knapp zwar, aber im Hinblick auf die erstmalige Wahlberechtigung der 18- und 19jährigen doch vielsagend. Dies, im Verein mit der Zersplitterung der Parteien – bis zu 30 haben in einigen Kantonen Kandidaten nominiert –, deutet auf die wachsende Überforderung des Stimmvolkes. Davon ist auszugehen, dafür Abhilfe zu suchen. In diesem Zusammenhang sind Auswirkungen der rasanten technischen Entwicklung von besonderem Interesse.

## Komplexere Probleme

Zunächst sind die durch die Stimmbürgerschaft zu entscheidenden Fragen sowohl vielschichtiger als auch folgenschwerer geworden. Dafür zwei Beispiele: Der Entscheid über den Beitritt der Schweiz zum

Völkerbund 1920 war erheblich leichter zu fällen als etwa jener über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) oder gar zur Europäischen Gemeinschaft (EG) es sein wird. Und der Bau eines Kernkraftwerkes verlangt ein sorgfältigeres Abwägen unter Einbezug von zahlreichen Faktoren als der Bau eines Wasserkraftwerkes. Zudem setzen nationale Lösungen heute eine weitgehende Berücksichtigung der internationalen Vernetzung voraus. Die schweizerische Agrarpolitik muss stärker mit jener umliegender Länder abgestimmt werden.

Sodann haben die revolutionären Fortschritte in der Kommunikation die Beziehungen zwischen Stimmvolk und Kandidaten unbemerkt, aber tiefgreifend verändert.

Die Parteipresse, welche das Parteiprogramm vertrat und die Kandidaten stützte, ist von Massenmedien verdrängt worden, die an Personen und nicht an Parteien interessiert sind – und an simplifizierenden Schlagwörtern statt an sachbezogenen Darstellungen. Womit eine riskante Gegenläufigkeit sichtbar wird: Die wachsende Komplexität der Probleme wird mit zunehmender Oberflächlichkeit abgehandelt.

## Überlasteter Bundesrat

Der gesteigerte Stellenwert der Massenmedien muss von Kandidaten und gewählten Parlamentariern in Rechnung gestellt werden. Das hat den Parlamentsbetrieb bis zur Lähmung belastet. Volksvertreter müssen das Wort ergreifen, um eine Erwähnung in den Massenmedien zu ergattern, weil viele Bürger jenem zustimmen, der sich bemerkbar macht. Die Folge sind Voten, die auf fünf Minuten verkürzt werden mussten, und das gelegentlich in Marathondiskussionen voller Wiederholungen. Dieses Bild des Parlaments lockt das Stimmvolk kaum zur Urne.

Dass der Bundesrat die Zersplitterung der Parteienlandschaft widerspiegelt, ist durchaus verständlich, aber nicht minder bedauerlich. Er ist zwischen Gruppeninteressen hin- und hergerissen und in der Sorge um Akzeptanz seiner Massnahmen zunehmend gelähmt, überfordert überdies durch die unumgängliche Teilnahme an vermehrten internationalen Ministerkonferenzen. Dem

kann ein Siebnerkollegium gewiss nicht mehr genügen. Zwölf bis 15 Regierungsglieder wären heute schon nötig.

## Regierungs- und Oppositionssystem erhält Kollegialitätsprinzip

Diese Zahl von Bundesräten könnte den Charakter der Kollegialbehörde gefährden, auf die als oberste Klammer über vier Sprachgruppen die Schweiz indes angewiesen bleibt. Der Ausweg kann wohl nur durch eine tiefgreifende Reform der parlamentarischen Institution gefunden werden: Koalition nicht einfach unter den grossen Parteien für den Bundesrat, vielmehr im Parlament eine Regierungskoalition unter Parteien mit ähnlichen Wertvorstellungen, zugleich aber auch eine Oppositionskoalition. Dabei müsste die Regierungskoalition die 12- bis 15köpfige Regierung aus Parlamentsmitgliedern stellen, die bei einem Wahlerfolg der Oppositionskoalition abgelöst wird und in die Reihen der Parlamentarier zurücktritt.

Die Vorteile dieser Reform liegen auf der Hand: 1) zureichende Anzahl Regierungsglieder ohne Opferung ihres Kollegiumcharakters; 2) Sicherung der heute dringend notwendigen höheren Flexibilität, ohne allzu viel an Stabilität aufzugeben; 3) Konzentration der Parlamentstätigkeit auf das Wesentliche; 4) Erleichterung für das Stimmvolk, das dann eher Programme als Personen wählt; 5) erhöhter Stellenwert der Parteien, die wiederum leichter Zielkonflikte in sich selber austragen könnten.

## Sinkende Wahlbeteiligung

Die Entwicklung der Wahlbeteiligung seit dem Zweiten Weltkrieg spricht eine deutliche Sprache. Das Interesse der Wähler ist in den letzten 45 Jahren stark gesunken.

1991	46,2 Prozent (inoffiziell)
1987	46,5 Prozent
1983	48,9 Prozent
1979	48,0 Prozent
1975	52,4 Prozent

## In dieser Nummer

Glaubwürdigkeit der Medien nimmt ab .....	4
Jürg Steinacher analysiert	
Nachlese zum Projekt «Danke» .....	6
Ein Berner Gastgeber berichtet	
Der Brückenschlag .....	7
Schulung marktwirtschaftlichen Denkens	
Leser als Autoren .....	8
Die Schweiz als Vorbild	
Südafrika und die Gewalt .....	10
Verhinderte «Pretoriastroika»	
Afrika auf dem Weg zur Demokratie .....	12
Jacques Baumgartner berichtet	
Serie Sowjetunion .....	14
Republiken einzeln vorgestellt	